

Union kämpft gegen Solar-Förderung

Fraktion will Vergütung für Strom aus Sonnenenergie um ein Drittel kürzen

Von Daniel Wetzel

BERLIN – Der Wirtschaftsflügel der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag will die exorbitante Solarstrom-Förderung in Deutschland wieder auf ein Normalmaß zurechtstutzen. Die Fraktion fordere eine Kürzung der garantierten Abnahmevergütung um 30 Prozent im ersten Jahr, sagte der Koordinator Energiepolitik der Union, Joachim Pfeiffer. In den Folgejahren solle die Einspeisevergütung für Solarstrom um jährlich neun Prozent gesenkt werden.

Alternativ dazu könne eine gesetzliche „Deckelung“ der Gesamtfördersumme helfen, die drohenden Folgekosten in Milliardenhöhe noch zu verhindern, sagte Pfeiffer. Denkbar sei zudem, die Einspeisevergütungen nicht mehr auf 20 Jahre zu garantieren, sondern nur noch für einen kürzeren Zeitraum.

Kurz vor der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) schlägt die Union damit Einschnitte vor, die weit über den vom Bundes-

kabinet beschlossenen Gesetzentwurf hinausgehen (siehe Grafik). Nach den Unionsplänen würde die Vergütung für Solarstrom aus neu installierten Anlagen im nächsten Jahr von rund 47 Cent pro Kilowattstunde drastisch auf etwa 33 Cent sinken. So sollen die Solarfirmen mit ihren hohen Umsatzrenditen gezwungen werden, ihre seit Jahren fallenden Produktionskosten an die Verbraucher weiterzugeben – und zwar in Form fallender Preise für Solar-Module.

Die Union folgt mit ihren Forderungen den Empfehlungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI). Das RWI hatte vor immensen Folgekosten der Solarstrom-Förderung gewarnt: Allein für die Solarzellen, die bis einschließlich 2007 auf deutsche Dächer montiert wurden, müsse der Verbraucher über 20 Jahre Einspeisevergütungen von 29 Mrd. Euro zahlen. Dabei decken diese Zellen derzeit gerade 0,6 Prozent des Strombedarfs. Die Subven-

tionen pro Arbeitsplatz sind in der Solarindustrie damit doppelt so hoch wie im Steinkohlebergbau.

Ihren Zweck, den Aufbau einer führenden Solarindustrie, hätten die Milliardenbeihilfen ohnehin nicht erreicht, so das RWI. Mehr als die Hälfte der in Deutschland installierten Solarzellen komme von ausländischen Produzenten.

Die SPD lehnte die Pläne der Union als nicht verhandlungsfähig ab. „Das ist peinlich und lächerlich“, sagte SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber. „Darüber wird es keine Verhandlungen geben.“ Bei einer Bundestagsanhörung zur EEG-Novelle am Montag hatte allerdings selbst der Bundesverband der Verbraucherzentralen vor ungehemmt steigenden Kosten gewarnt: Eine „weiterhin unbegrenzte Vergabe von jeweils 20-jährigen Förderzusagen für Photovoltaik-Anlagen“ sei „ein großes Kostenrisiko für die Stromverbraucher“.